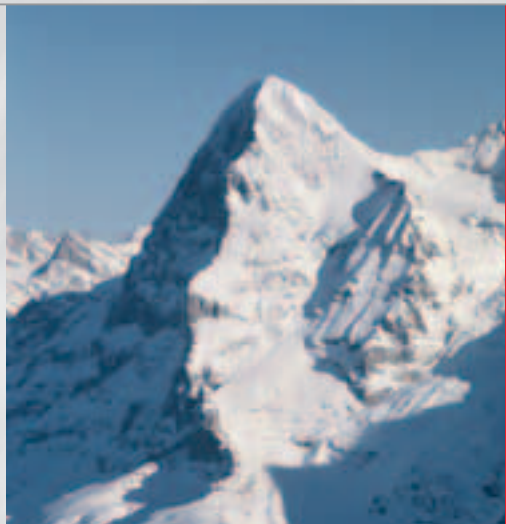


Statuten
Statuts
Statuti



Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantionales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere

Inhalt

- 4 **Statuten**
Deutscher Text
- 10 **Statuts**
Texte français
- 16 **Statuti**
Testo italiano

Statuten des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken

Angenommen durch die a.o. Generalversammlung vom 24. Januar 1995
(Es gilt die deutsche Fassung)

Seite	Artikel	Inhaltsverzeichnis
		Name, Zweck, Sitz und Dauer des Verbandes
5	1	Name, Mitglieder
5	2	Zweck
5	3	Mittel
5	4	Sitz und Handelsregistereintrag
5	5	Geschäftsjahr
		Mitgliedschaft
6	6	Vertretung, Stimmrecht
6	7	Beiträge
6	8	Austritt
		Organisation des Verbandes
6	9	Verbandsorgane
		A. Generalversammlung
6	10	Einberufung, Ort und Zeit
7	11	Form der Einberufung, Anträge
7	12	Vorsitz
7	13	Beschlussfassung, Wahlen
7	14	Befugnisse
		B. Verwaltungsrat
7	15	Zusammensetzung, Vorsitz
8	16	Befugnisse
8	17	Einberufung, Beschlussfassung, Protokoll
		C. Verwaltungsratsausschuss
8	18	Zusammensetzung, Protokoll
9	19	Aufgaben
		D. Rechnungsrevisoren
9	20	Aufgaben
		E. Geschäftsstelle
9	21	Aufgaben und Leitung

Name, Zweck, Sitz und Dauer des Verbandes

Artikel 1 – Name, Mitglieder

- 1 Unter dem Namen «Verband Schweizerischer Kantonalbanken» besteht eine Vereinigung von Bankinstituten, welche gemäss Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 unter den Begriff der Kantonalbanken oder der ihnen gleichgestellten Banken fallen.
- 2 Ausserordentlicherweise können weitere Banken sowie Unternehmen, welche direkt oder indirekt von Kantonalbanken beherrscht werden, die Mitgliedschaft erwerben.
- 3 Der Verband führt die Rechtsform eines Vereins.

Artikel 2 – Zweck

Der Verband bezweckt die Wahrung der gemeinsamen Interessen und die Förderung der Zusammenarbeit seiner Mitglieder. Er setzt sich für die Stärkung der Stellung der Kantonalbanken in der Schweiz ein.

Artikel 3 – Mittel

- 1 Der Verband sucht seinen Zweck insbesondere zu erreichen durch:
 - a) Vereinbarungen über Gegenstände, die im gemeinsamen Interesse seiner Mitglieder liegen
 - b) Förderung von Gemeinschaftswerken der Kantonalbanken
 - c) Herstellung persönlicher Beziehungen zwischen den Vertretern der Bankbehörden und der Direktionen, insbesondere an gemeinsamen Tagungen

- d) Behandlung bankpolitischer und banktechnischer Fragen
 - e) Kontakte mit den eidgenössischen Behörden, der Schweizerischen Nationalbank, der Schweizerischen Bankiervereinigung und anderen Organisationen
 - f) Information der Öffentlichkeit über Verbandsangelegenheiten
 - g) gemeinsame Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
 - h) Führung einer Geschäftsstelle.
- 2 Es ist dabei die besondere Stellung der Kantonalbanken in der Gesamtwirtschaft, zum Staat und zu den übrigen Gruppen des schweizerischen Bankensystems zu berücksichtigen.

Artikel 4 – Sitz und Handelsregistereintrag

- 1 Der Verband hat seinen Sitz in Basel.
- 2 Der Verband wird in das Handelsregister eingetragen.

Artikel 5 – Geschäftsjahr

Als Geschäftsjahr des Verbandes gilt das Kalenderjahr.

Mitgliedschaft

Artikel 6 – Vertretung, Stimmrecht

- 1 Die Mitglieder werden nach Massgabe ihrer gesetzlichen Grundlagen und der Beschlüsse ihrer Organe in den Verbandsorganen vertreten.
- 2 Jedes Mitglied hat nur eine Stimme.

Artikel 7 – Beiträge

- 1 Die Mitglieder werden durch Beschluss der Generalversammlung zu finanziellen Beiträgen in die Verbandskasse verpflichtet. Die Beiträge setzen sich zusammen aus einem einheitlichen Grundbeitrag und einer Zusatzquote, für deren Höhe die Bilanzsummen der letzten Jahresrechnung als Schlüssel gelten.
- 2 Für Mitglieder ohne Bankenstatus wird ein gesonderter Beitrag festgesetzt.
- 3 Für die Erfüllung ausserordentlicher, dem Verbandszweck dienender Aufgaben kann die Generalversammlung zusätzliche Beiträge beschliessen. Hierbei kann ein anderer als der in Absatz 1 genannte Schlüssel gewählt werden.

Artikel 8 – Austritt

- 1 Der Austritt eines Mitgliedes kann auf Ende des Geschäftsjahres nach vorausgegangenem sechsmonatiger Kündigung erfolgen. Austretende Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Verbandsvermögen.
- 2 Der Ausschluss eines Mitgliedes kann vom Verwaltungsrat verfügt werden. Er bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln des Verwaltungsrates.

Organisation des Verbandes

Artikel 9 – Verbandsorgane

Die Organe des Verbandes sind:

- A die Generalversammlung
- B der Verwaltungsrat
- C der Verwaltungsratsausschuss
- D die Revisoren
- E die Geschäftsstelle.

A. Generalversammlung

Artikel 10 – Einberufung, Ort und Zeit

- 1 Alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres findet eine ordentliche Generalversammlung statt.
- 2 Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen:
 - a) auf Beschluss der ordentlichen Generalversammlung
 - b) auf Beschluss des Verwaltungsrates
 - c) auf Begehren von mindestens fünf Mitgliedern, unter Vorbehalt von ZGB Art. 64, Abs. 3.
- 3 Im Falle von Absatz 2, lit. c) hat die Generalversammlung innert zwei Monaten stattzufinden.
- 4 Ort und Zeit der Generalversammlung bestimmt der Verwaltungsrat. Dabei sind die verschiedenen Landesgegenden angemessen zu berücksichtigen.

Artikel 11 – Form der Einberufung, Anträge

- 1 Zur Generalversammlung soll schriftlich unter Angabe der Verhandlungsgegenstände mindestens 14 Tage vorher eingeladen werden.
- 2 Anträge der Mitglieder an die ordentliche Generalversammlung sind spätestens zwei Monate vorher der Geschäftsstelle einzureichen.

Artikel 12 – Vorsitz

- 1 Der Präsident führt den Vorsitz in der Generalversammlung.
- 2 Der Vorsitzende bestimmt zwei Stimmenzähler und den Protokollführer.

Artikel 13 – Beschlussfassung, Wahlen

- 1 Die Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der vertretenen Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt der Vorsitzende den Stichentscheid.
- 2 Wahlen und Abstimmungen erfolgen offen, sofern nicht geheime Abstimmung beschlossen wird.
- 3 Rechtsgültige Beschlüsse können nur über Gegenstände gefasst werden, die auf der Tagesordnung stehen.
- 4 Den Beschlüssen in der Generalversammlung steht die Stimmabgabe der Mitglieder auf schriftlichem Wege gleich. Ein solcher Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der stimmenden Mitglieder.

Artikel 14 – Befugnisse

Die Generalversammlung hat folgende Befugnisse:

- a) Erlass und Änderung der Statuten
- b) Beschlussfassung über Auflösung des Verbandes und Liquidation seines Vermögens; hiezu bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder
- c) Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten für eine Amtsdauer von vier Jahren
- d) Wahl des Verwaltungsrates nach Art. 15
- e) Wahl von zwei Revisoren aus dem Kreis der Mitglieder auf eine Amtsdauer von vier Jahren
- f) Aufnahme von Mitgliedern
- g) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung
- h) Festsetzung der Beiträge gemäss Art. 7
- i) Entlastung der geschäftsführenden Organe.

B. Verwaltungsrat

Artikel 15 – Zusammensetzung, Vorsitz

- 1 Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus den Geschäftsleitungsvorsitzenden der Kantonalbanken und dem Präsidenten, der den Vorsitz führt.
- 2 Die Verwaltungsräte können sich an Sitzungen ausserordentlichweise durch ein vorab bezeichnetes Mitglied der Geschäftsleitung ihrer Bank vertreten lassen.
- 3 Weitere Zuwahlen in den Verwaltungsrat sind auf Antrag des Verwaltungsrates möglich.

- 4 Zu den Sitzungen können auch dem Verwaltungsrat nicht angehörende Mitglieder eingeladen werden; diese nehmen mit beratender Stimme an den Verhandlungen teil.

Artikel 16 – Befugnisse

- 1 Der Verwaltungsrat ist unter Vorbehalt der Kompetenzen der Generalversammlung befugt, Beschlüsse zu fassen und Massnahmen zu treffen, die nach seinem Ermessen zur Erreichung des Verbandszwecks notwendig sind. Unter seine Kompetenzen fallen insbesondere:
 - a) Vorbereitung der Geschäfte der Generalversammlung
 - b) Einberufung der Generalversammlung und Festsetzung der Tagesordnung
 - c) Vorschlag zuhanden der Generalversammlung für die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten
 - d) Wahl des Verwaltungsratsausschusses auf eine Amtsdauer von vier Jahren
 - e) Genehmigung des Voranschlages
 - f) Wahl des Verbandsdirektors
 - g) Genehmigung des Pflichtenhefts der Geschäftsstelle
 - h) Regelung der Zeichnungsbefugnis
 - i) Beschlüsse über verbindliche Kooperationen.
- 2 Das Mitwirken der einzelnen Mitglieder bei verbindlichen Kooperationen mit dauernder Bindung erfolgt unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Instanzen der Mitglieder. Ein allfälliges Nichtmitwirken ist dem Verband innerhalb von 60 Tagen schriftlich mitzuteilen.

Artikel 17 – Einberufung, Beschlussfassung, Protokoll

- 1 Die Sitzungen werden von der Geschäftsstelle einberufen.
- 2 Auf Wunsch von mindestens fünf Verwaltungsräten ist eine Sitzung einzuberufen.
- 3 Jeder Verwaltungsrat hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gibt der Vorsitzende den Stichentscheid.
- 4 Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder vertreten ist.
- 5 Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, das allen Mitgliedern des Verbandes zuzustellen ist.

C. Verwaltungsratsausschuss

Artikel 18 – Zusammensetzung, Protokoll

- 1 Der Verwaltungsratsausschuss umfasst höchstens neun Personen aus dem Verwaltungsrat und pro Mitglied nicht mehr als einen Vertreter.
- 2 Die Regionen sind angemessen zu vertreten.
- 3 Der Verwaltungsratsausschuss konstituiert sich selbst.
- 4 Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt.

Artikel 19 – Aufgaben

- 1 Die Aufgaben des Verwaltungsratsausschusses sind insbesondere:
 - a) Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung und des Verwaltungsrates
 - b) Vorbereitung der Geschäfte des Verwaltungsrates
 - c) Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten
 - d) Einsetzung von Kommissionen und Arbeitsgruppen
 - e) Behandlung grundsätzlicher Fragen des gemeinsamen Marketings
 - f) Wahrung der Verbandsinteressen in anderen Organisationen und gegenüber eidgenössischen Behörden sowie der Schweizerischen Nationalbank
 - g) Entscheid über Angelegenheiten in der Kompetenz des Verwaltungsrates, die keinen Aufschub ertragen. Solche Entscheide sind dem Verwaltungsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.
- 2 Über die Tätigkeit des Verwaltungsratsausschusses werden alle Mitglieder des Verbandes informiert.

D. Rechnungsrevisoren

Artikel 20 – Aufgaben

Die Revisoren prüfen die Jahresrechnung und erstatten darüber der Generalversammlung Bericht.

E. Geschäftsstelle

Artikel 21 – Aufgaben und Leitung

- 1 Zur Bearbeitung der Verbandsaufgaben und zur Vertretung des Verbandes nach aussen unterhält der Verband eine ständige Geschäftsstelle.
- 2 Sie wird geleitet von einem Direktor. Dieser nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsorgane teil.
- 3 Die Aufgaben der Geschäftsstelle werden in einem Pflichtenheft umschrieben.

Die revidierten Statuten wurden an der ausserordentlichen Generalversammlung vom 24. Januar 1995 genehmigt und auf das gleiche Datum in Kraft gesetzt.

Statuts de l'Union des banques cantonales suisses

Traduction des statuts de l'Union des banques cantonales suisses du 24 janvier 1995
(Traduction – seul l'original fait foi)

Page	Article	Table des matières
		Dénomination, but, siège et durée de l'Union
11	1	Dénomination, membres
11	2	Buts
11	3	Moyens
11	4	Siège et inscription au Registre du commerce
11	5	Exercice annuel
		Membres
11	6	Représentation, droit de vote
12	7	Cotisations
12	8	Démissions
		Organisation de l'Union
12	9	Organes de l'Union
		A. L'Assemblée générale
12	10	Convocation, lieu et date
12	11	Mode de convocation, propositions
13	12	Direction des débats
13	13	Décisions, élections
13	14	Compétences
		B. Le Conseil d'administration
13	15	Composition, présidence
14	16	Compétences
14	17	Convocation, décisions, procès-verbal
		C. Le Comité du Conseil d'administration
14	18	Composition, procès-verbal
15	19	Attributions
		D. Les Vérificateurs des comptes
15	20	Attributions
		E. Le Secrétariat
15	21	Attributions et direction

Dénomination, but, siège et durée de l'Union

Article 1 – Dénomination, membres

- 1 L'«Union des banques cantonales suisses» est une association d'établissements bancaires, qui répondent à la définition de banques cantonales ou d'établissements assimilés au sens de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934.
- 2 A titre extraordinaire, d'autres banques ainsi que des entreprises qui sont contrôlées directement ou indirectement par des banques cantonales peuvent acquérir la qualité de membre.
- 3 L'Union a la forme juridique d'une association.
 - d) des échanges de points de vue sur des problèmes de politique et de technique bancaires;
 - e) l'établissement de contacts avec les autorités fédérales, la Banque nationale suisse, l'Association suisse des banquiers et d'autres organisations;
 - f) une information publique sur les problèmes ou les événements relatifs à l'Union;
 - g) la publicité commune et les relations publiques;
 - h) le maintien d'un Secrétariat.
- 2 Dans la poursuite de ses buts, l'Union tiendra compte de la situation particulière des banques cantonales dans l'économie nationale et face à l'Etat ainsi qu'aux autres groupes du système bancaire suisse.

Article 2 – Buts

L'Union a pour buts la défense des intérêts communs et l'encouragement à la collaboration entre ses membres. Son objectif est de renforcer la position des banques cantonales en Suisse.

Article 3 – Moyens

- 1 L'Union réalise notamment ses buts par:
 - a) l'élaboration de conventions sur des objets d'intérêt commun pour l'ensemble de ses membres;
 - b) la promotion d'activités communes aux banques cantonales;
 - c) la mise en place de relations personnelles entre les représentants des autorités bancaires et les directions, notamment lors de réunions communes;

Article 4 – Siège et inscription au Registre du commerce

- 1 L'Union a son siège à Bâle.
- 2 Elle est inscrite au Registre du commerce.

Article 5 – Exercice annuel

L'exercice annuel correspond à l'année civile.

Membres

Article 6 – Représentation, droit de vote

- 1 Les membres sont représentés au sein des organes de l'Union, dans le cadre des prescriptions légales qui les régissent et des décisions de leurs autorités.
- 2 Chaque membre ne dispose que d'une voix.

Article 7 – Cotisations

- 1 Les membres doivent des cotisations dont le montant est fixé par l'Assemblée générale. Ces cotisations sont composées d'un montant de base uniforme et d'un montant additionnel, calculé en fonction du total du dernier bilan annuel.
- 2 Une cotisation séparée est fixée pour les membres n'ayant pas un statut bancaire.
- 3 En vue de l'accomplissement de tâches particulières concourant aux buts de l'Union, l'Assemblée générale peut décider de la perception de cotisations supplémentaires. Dans ce cas, une autre clé de répartition que celle prévue au premier alinéa peut être choisie.

Article 8 – Démissions

- 1 Tout membre peut donner sa démission pour la fin d'un exercice annuel moyennant préavis de six mois. Les membres démissionnaires perdent tout droit à l'actif social.
- 2 Le Conseil d'administration peut décider de l'exclusion d'un membre. Cette décision nécessite l'approbation des deux tiers de ses membres.

Organisation de l'Union

Article 9 – Organes de l'Union

Les organes de l'Union sont:

- A L'Assemblée générale
- B Le Conseil d'administration
- C Le Comité du Conseil d'administration
- D Les Vérificateurs des comptes
- E Le Secrétariat

A. L'Assemblée générale

Article 10 – Convocation, lieu et date

- 1 Une Assemblée générale ordinaire a lieu chaque année dans les six mois suivant la clôture de l'exercice.
- 2 Des Assemblées générales extraordinaires peuvent être convoquées:
 - a) sur décision de l'Assemblée générale ordinaire;
 - b) sur décision du Conseil d'administration;
 - c) sur demande d'au moins cinq membres, sous réserve de l'article 64, alinéa 3 CC.
- 3 Dans le cas prévu à l'alinéa 2, lettre c, l'Assemblée générale doit être tenue dans les deux mois qui suivent la demande.
- 4 Le Conseil d'administration fixe le lieu et la date de l'Assemblée générale en tenant équitablement compte des différentes régions du pays.

Article 11 – Mode de convocation, propositions

- 1 Les convocations à l'Assemblée générale doivent être adressées aux membres, par écrit, au moins 14 jours à l'avance, avec indication de l'ordre du jour.
- 2 Les propositions que les membres entendent soumettre à l'Assemblée générale ordinaire doivent être adressées au Secrétariat, au plus tard deux mois à l'avance.

Article 12 – Direction des débats

- 1 Le Président dirige l'Assemblée générale.
- 2 Il désigne deux scrutateurs et le secrétaire chargé du procès-verbal.

Article 13 – Décisions, élections

- 1 Les décisions sont prises à la majorité simple des membres représentés.
A égalité de voix, celle du Président est prépondérante.
- 2 Les élections et les votations ont lieu à main levée, à moins que le scrutin secret ne soit décidé.
- 3 Il ne peut être pris de décision valable que sur des sujets figurant à l'ordre du jour.
- 4 Le vote par correspondance des membres équivaut à une décision prise en Assemblée générale. Une telle décision doit réunir une majorité des trois quarts des membres participant au vote.

Article 14 – Compétences

Les compétences de l'Assemblée générale sont les suivantes:

- a) l'approbation et la modification des statuts;
- b) la décision relative à la dissolution de l'Union et la liquidation de ses actifs; une telle décision doit être prise à la majorité des deux tiers de tous les membres;
- c) l'élection du Président et du Vice-président pour une période statutaire de quatre ans;
- d) l'élection du Conseil d'administration, conformément à l'article 15;
- e) l'élection, pour une période statutaire de quatre ans, de deux vérificateurs choisis parmi les membres;
- f) l'admission des membres;
- g) l'adoption du rapport annuel et des comptes de l'exercice;
- h) la fixation des cotisations selon l'article 7;
- i) la décharge aux organes de direction.

B. Le Conseil d'administration

Article 15 – Composition, présidence

- 1 Le Conseil d'administration se compose des présidents des directions des banques cantonales et du président de l'Union, lequel préside le Conseil.
- 2 Les administrateurs peuvent, à titre exceptionnel, se faire représenter par un membre préalablement désigné de la direction de leur banque.
- 3 D'autres cooptations au sein du Conseil d'administration sont possibles sur propositions dudit Conseil.
- 4 Des membres de l'Union ne faisant pas partie du Conseil d'administration peuvent être invités à prendre part aux séances, avec voix consultative.

Article 16 – Compétences

- 1 Sous réserve des compétences de l'Assemblée générale, le Conseil d'administration peut prendre toutes décisions et dispositions nécessaires pour atteindre les buts de l'Union. Relèvent en particulier de sa compétence:
 - a) la préparation des sujets à soumettre à l'Assemblée générale;
 - b) la convocation de l'Assemblée générale et l'établissement de son ordre du jour;
 - c) la présentation de propositions à l'Assemblée générale en vue de l'élection du Président et du Vice-président;
 - d) l'élection du Comité du Conseil d'administration pour une période statutaire de quatre ans;
 - e) l'acceptation du budget;
 - f) l'élection du Directeur de l'Union;
 - g) l'approbation du cahier des charges du Secrétariat;
 - h) la réglementation du droit de signature;
 - i) Les décisions impliquant une coopération obligatoire.
- 2 La participation de membres individuels à des coopérations à caractère obligatoire est autorisée sous réserve de l'approbation des instances compétentes des membres. Le refus éventuel d'une participation doit être communiqué par écrit à l'Union dans un délai de 60 jours.

Article 17 – Convocation, décisions, procès-verbal

- 1 Les séances sont convoquées par le Secrétariat.
- 2 Une séance doit être convoquée lorsque cinq membres au moins du Conseil d'administration le demandent.
- 3 Chaque membre du Conseil d'administration dispose d'une voix. A égalité de voix, celle du Président est prépondérante.
- 4 Le Conseil d'administration peut délibérer valablement lorsque la moitié au moins de ses membres est représentée.
- 5 Il est tenu un procès-verbal des délibérations; ce dernier est remis à tous les membres de l'Union.

C. Le Comité du Conseil d'administration

Article 18 – Composition, procès-verbal

- 1 Le Comité du Conseil d'administration comprend au plus neuf personnes choisies au sein du Conseil d'administration et il ne doit pas comporter plus d'un représentant par membre.
- 2 Les régions doivent être équitablement représentées.
- 3 Le Comité du Conseil d'administration se constitue lui-même.
- 4 Il sera tenu un procès-verbal des sujets traités.

Article 19 – Attributions

- 1 Le Comité du Conseil d'administration a notamment les attributions suivantes:
 - a) exécution des décisions de l'Assemblée générale et du Conseil d'administration;
 - b) préparation des affaires relevant du Conseil d'administration;
 - c) traitement de questions en rapport avec des projets de coopération;
 - d) institution de commissions et de groupes de travail;
 - e) traitement de questions de principe relatives au marketing commun;
 - f) défense des intérêts de l'Union dans d'autres organisations ainsi que vis-à-vis des autorités fédérales et de la Banque nationale suisse;
 - g) pouvoir de décision en matière d'affaires qui sont de la compétence du Conseil d'administration mais qui ne supportent aucun retard. Ces décisions doivent être portées sans délai à la connaissance du Conseil d'administration.
- 2 Tous les membres de l'Union doivent être informés des activités du Comité du Conseil d'administration.

D. Les Vérificateurs des comptes

Article 20 – Attributions

Les vérificateurs examinent les comptes annuels et font rapport à l'Assemblée générale.

E. Le Secrétariat

Article 21 – Attributions et direction

- 1 Un Secrétariat permanent est chargé du traitement des affaires de l'Union et de sa représentation à l'égard des tiers.
- 2 Il est dirigé par un Directeur. Celui-ci prend part aux séances des organes de l'Union avec voix consultative.
- 3 Les attributions du Secrétariat sont consignées dans un cahier des charges.

Les statuts révisés ont été adoptés par l'Assemblée générale extraordinaire du 24 janvier 1995. Ils sont entrés immédiatement en vigueur et abrogent les précédents statuts.

Statuti – Unione delle banche cantionali svizzere

Traduzione degli statuti dell'Unione delle banche cantionali svizzere del 24 gennaio 1995
(Fa stato il testo in lingua tedesca)

Pagina	Articolo	Indice
		Denominazione, scopo, sede e durata dell'Unione
17	1	Denominazione, membri
17	2	Scopo
17	3	Mezzi
17	4	Sede e iscrizione al Registro di commercio
17	5	Anno d'esercizio
		Membri
17	6	Rappresentanza, diritto di voto
18	7	Contributi
18	8	Dimissioni
		Organizzazione dell'Unione
18	9	Organi
		A. L'Assemblea generale
18	10	Convocazione, luogo e data
18	11	Modo di convocazione, proposte
19	12	Presidenza
19	13	Decisioni, elezioni
19	14	Competenze
		B. Il Consiglio di amministrazione
19	15	Composizione, presidenza
20	16	Competenze
20	17	Convocazione, risoluzioni, verbale
		C. Il Comitato del Consiglio di amministrazione
20	18	Composizione, verbale
21	19	Compiti
		D. I Revisori dei conti
21	20	Compiti
		E. Il Segretariato
21	21	Compiti e direzione

Denominazione, scopo, sede e durata dell'Unione

Articolo 1 – Denominazione, membri

- 1 L'«Unione delle banche cantonali svizzere» è un'associazione di istituti bancari che rispondono alla definizione di banca cantonale o di istituto bancario ad essa equiparato, ai sensi della Legge federale sulle banche e le casse di risparmio dell'8 novembre 1934.
- 2 A titolo straordinario, altre banche e imprese controllate in modo diretto o indiretto dalle banche cantonali possono diventare membri.
- 3 L'Unione ha la forma giuridica di un'associazione.
 - e) i contatti con le autorità federali, la Banca nazionale svizzera, l'Associazione Svizzera dei Banchieri e altre organizzazioni;
 - f) l'informazione del pubblico su problemi e avvenimenti riguardanti l'Unione;
 - g) la pubblicità comune e le relazioni pubbliche;
 - h) la conduzione di un Segretariato.
- 2 Nel perseguimento del suo scopo, l'Unione deve tenere conto della collocazione particolare delle banche cantonali all'interno dell'economia nazionale, nei confronti dello Stato e degli altri gruppi del sistema bancario svizzero.

Articolo 2 – Scopo

L'Unione ha lo scopo di salvaguardare gli interessi comuni e di promuovere la collaborazione tra i suoi membri. Si impegna per rafforzare la posizione delle banche cantonali in Svizzera.

Articolo 3 – Mezzi

- 1 L'Unione persegue il suo scopo, in particolare mediante:
 - a) l'elaborazione di convenzioni su oggetti di interesse comune per i suoi membri;
 - b) la promozione di attività comuni delle banche cantonali;
 - c) lo stabilimento di relazioni personali tra i rappresentanti delle autorità bancarie e delle direzioni, in particolare durante gli incontri comuni;
 - d) la trattazione di problemi concernenti la politica e le tecniche bancarie;

Articolo 4 – Sede e iscrizione al Registro di commercio

- 1 L'Unione ha la sua sede in Basilea.
- 2 Essa è iscritta nel Registro di Commercio.

Articolo 5 – Anno d'esercizio

L'anno d'esercizio dell'Unione corrisponde all'anno civile.

Membri

Articolo 6 – Rappresentanza, diritto di voto

- 1 I membri sono rappresentati in seno all'Unione, secondo le basi legali e le risoluzioni dei rispettivi organi.
- 2 Ogni membro dispone unicamente di un voto.

Articolo 7 – Contributi

- 1 I membri sono tenuti a versare dei contributi finanziari alla cassa dell'Unione, tramite risoluzione dell'Assemblea generale. Tali contributi sono composti da una tassa di base unitaria e da una quota supplementare, calcolata sulla cifra dell'ultimo bilancio annuale.
- 2 Per i membri privi dello statuto di banca è stabilito un importo separato.
- 3 Per l'assolvimento di compiti particolari, che perseguono lo scopo dell'Unione, l'Assemblea generale può decidere di prelevare dei contributi supplementari. In questo caso, può essere scelta una chiave di ripartizione diversa da quella prevista al capoverso 1.

Articolo 8 – Dimissioni

- 1 Ogni membro può presentare le dimissioni per la fine dell'esercizio annuale, previo preavviso di sei mesi. I membri dimissionari non possono vantare alcun diritto sul patrimonio dell'Unione.
- 2 Il Consiglio di amministrazione può disporre l'espulsione di un membro. A tale scopo è richiesta l'approvazione di due terzi del Consiglio di amministrazione.

Organizzazione dell'Unione

Articolo 9 – Organi

Gli organi dell'Unione sono:

- A. l'Assemblea generale;
- B. il Consiglio di amministrazione;
- C. il Comitato del Consiglio di amministrazione;
- D. i Revisori;
- E. il Segretariato.

A. L'Assemblea generale

Articolo 10 – Convocazione, luogo e data

- 1 L'Assemblea generale ordinaria ha luogo ogni anno, entro sei mesi dalla chiusura dell'esercizio.
- 2 Assemblee generali straordinarie possono essere convocate:
 - a) per risoluzione dell'Assemblea generale ordinaria;
 - b) per risoluzione del Consiglio di amministrazione;
 - c) su richiesta di almeno cinque membri, con riserva dell'art. 64 cpv. 3 CCS.
- 3 Nel caso previsto al capoverso 2 lettera c), l'Assemblea generale deve avvenire entro due mesi.
- 4 Il Consiglio di amministrazione fissa il luogo e la data dell'Assemblea generale, tenendo in equa considerazione le diverse regioni del paese.

Articolo 11 – Modo di convocazione, proposte

- 1 La convocazione all'Assemblea generale deve essere inviata ai membri per iscritto, almeno 14 giorni prima della riunione, con l'indicazione dell'ordine del giorno.
- 2 Le proposte che i membri intendono sottoporre all'Assemblea generale ordinaria devono essere inviate al Segretariato al più tardi due mesi prima della riunione.

Articolo 12 – Presidenza

- 1 Il Presidente dirige l'Assemblea generale.
- 2 Il Presidente designa due scrutatori e il segretario è incaricato di redigere il verbale.

Articolo 13 – Decisioni, elezioni

- 1 Le risoluzioni sono prese a maggioranza semplice dei membri rappresentati. In caso di parità di voti, quello del Presidente è determinante.
- 2 Le elezioni e le votazioni avvengono per alzata di mano, a meno che non venga deciso di votare per scrutinio segreto.
- 3 Decisioni vincolanti possono essere prese unicamente su argomenti figuranti all'ordine del giorno.
- 4 Il voto per corrispondenza dei membri è equiparato alle risoluzioni prese in seno all'Assemblea generale. Affinché una tale risoluzione sia valida è necessaria una maggioranza composta da tre quarti dei membri votanti.

Articolo 14 – Competenze

Le competenze dell'Assemblea generale sono le seguenti:

- a) l'approvazione e la modifica degli statuti;
- b) la decisione di scioglimento dell'Unione e di liquidazione del suo patrimonio; a tal fine è richiesta una maggioranza composta dai due terzi di tutti i membri;
- c) l'elezione del Presidente e del Vice-presidente per una carica della durata di quattro anni;
- d) l'elezione del Consiglio di amministrazione, ai sensi dell'art. 15;
- e) l'elezione di due revisori provenienti dalla cerchia di membri, con una carica della durata di quattro anni;
- f) l'ammissione di membri;
- g) l'approvazione del rapporto annuale e del conto d'esercizio;
- h) lo stabilimento dei contributi secondo l'art. 7;
- i) lo scarico agli organi di direzione.

B. Il Consiglio di amministrazione

Articolo 15 – Composizione, presidenza

- 1 Il Consiglio di amministrazione è composto dai presidenti delle direzioni delle banche cantonali e dal Presidente che dirige l'assemblea.
- 2 I Consiglieri di amministrazione possono farsi rappresentare, in via eccezionale, da un membro della direzione della loro banca designato in precedenza.
- 3 Altre elezioni in seno al Consiglio di amministrazione possono avvenire su richiesta del Consiglio di amministrazione.
- 4 Alle sedute possono essere invitati anche membri non facenti parte del Consiglio di amministrazione; la loro partecipazione avviene con voto consultivo.

Articolo 16 – Competenze

- 1 Riservate le competenze dell'Assemblea generale, il Consiglio di amministrazione può prendere tutte le decisioni e fissare tutti i provvedimenti che ritiene necessari per raggiungere lo scopo dell'Unione. In particolare, rientrano nelle sue competenze:
 - a) la preparazione delle trattande da sottoporre all'Assemblea generale;
 - b) la convocazione dell'Assemblea generale e la fissazione dell'ordine del giorno;
 - c) la proposta all'attenzione dell'Assemblea generale per l'elezione del Presidente e del Vice-presidente;
 - d) l'elezione del Comitato del Consiglio di amministrazione per una carica della durata di quattro anni;
 - e) l'approvazione del preventivo;
 - f) l'elezione del Direttore dell'Unione;
 - g) l'approvazione del capitolato d'onori del Segretariato;
 - h) la regolamentazione del diritto di firma;
 - i) la decisione su collaborazioni vincolanti.
- 2 La partecipazione dei singoli membri alle collaborazioni vincolanti in permanenza avviene sotto riserva dell'approvazione da parte delle competenti istanze dei membri. Un'eventuale non partecipazione dovrà essere comunicata all'Unione per iscritto entro 60 giorni.

Articolo 17 – Convocazione, risoluzioni, verbale

- 1 Le sedute sono convocate dal Segretario.
- 2 Su richiesta di almeno cinque membri del Consiglio di amministrazione deve essere convocata una seduta.
- 3 Ogni membro del Consiglio di amministrazione dispone di un voto. In caso di parità di voti, quello del Presidente è decisivo.
- 4 Il Consiglio di amministrazione può decidere validamente solo quando sia rappresentata almeno la metà dei membri.
- 5 Sui dibattiti è steso un verbale, che deve essere distribuito a tutti i membri dell'Unione.

C. Il Comitato del Consiglio di amministrazione

Articolo 18 – Composizione, verbale

- 1 Il Comitato del Consiglio di amministrazione comprende un massimo di nove persone provenienti dal Consiglio di amministrazione, e da non più di un rappresentante per membro.
- 2 Le regioni sono rappresentate in modo adeguato.
- 3 Il Comitato del Consiglio di amministrazione si autocostituisce.
- 4 Sui dibattiti viene steso un verbale.

Articolo 19 – Compiti

- 1 I compiti del Comitato del Consiglio di amministrazione sono i seguenti:
 - a) l'esecuzione delle risoluzioni dell'Assemblea generale e del Consiglio di amministrazione;
 - b) la preparazione degli affari del Consiglio di amministrazione;
 - c) la trattazione di quesiti legati a progetti di cooperazione;
 - d) la nomina di commissioni e di gruppi di lavoro;
 - e) la trattazione di questioni di principio riguardanti il marketing in comune;
 - f) la salvaguardia degli interessi dell'Unione in seno ad altre organizzazioni e nei confronti delle autorità federali, così come della Banca nazionale svizzera;
 - g) la decisione su questioni di competenza del Consiglio di amministrazione che non possono essere rinviate. Il Consiglio di amministrazione dovrà essere posto immediatamente a conoscenza di tali decisioni.
- 2 Tutti i membri dell'Unione devono essere informati sull'attività svolta dal Comitato del Consiglio di amministrazione.

D. I Revisori dei conti

Articolo 20 – Compiti

I revisori verificano il conto annuale e presentano il loro rapporto all'Assemblea generale.

E. Il Segretariato

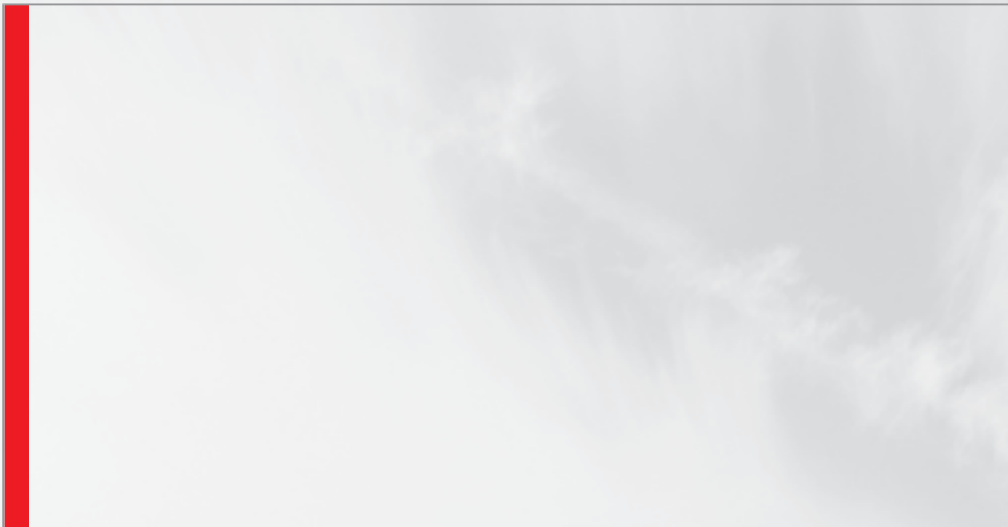
Articolo 21 – Compiti e direzione

- 1 Un Segretariato permanente è incaricato di gestire gli affari dell'Unione e di rappresentarla nei confronti di terzi.
- 2 Il Segretariato è condotto da un Direttore che prende parte alle sedute degli organi dell'Unione con voto consultativo.
- 3 I compiti del Segretariato sono elencati nel capitolato d'oneri.

Gli statuti riveduti sono stati approvati nel corso dell'Assemblea generale straordinaria del 24 gennaio 1995, data della loro entrata in vigore.

Herausgeber/Editeur/Editore:
Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Geschäftsstelle
Wallstrasse 8
Postfach
CH-4002 Basel
Telefon +41 (0)61 206 66 66
Fax +41 (0)61 206 66 67
E-Mail vskb@vskb.ch
www.vskb.ch

Nachdruck April 2005



Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantionales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere